

Deutsche Sektion der Internationalen
Ärzte für die Verhütung des
Atomkrieges/
Ärzte in sozialer Verantwortung e. V.

International Physicians for the Prevention
of Nuclear War (IPPNW)



Körtestr. 10
10967 Berlin
Telefon: 030/698 07 40
Telefax: 030/693 81 66
E-Mail ipnw@ipnw.de
www.ipnw.de

Vorstand

Dr. Sabine Farrouh
Susanne Grabenhorst
Matthias Jochheim
Christoph Krämer
Dr. Martin Sonnabend
Reinhold Thiel
Ursula Völker
Dr. Jens Wagner
International Councillor
Dr. Helmut Lohrer
Deputy International Councillor
Dr. Eva-Maria Schwienhorst
Ehrevorstandsmitglieder
Prof. Dr. Ulrich Gottstein
Prof. Dr. Dr. Horst-Eberhard
Richter

Wissenschaftlicher Beirat

Dr. Jan van Aken
Prof. Dr. Andreas Buro
Dr. Dieter Deiseroth
Prof. Dr. Dr. Hans-Peter Dürr
Dr. Heinz Loquai
Prof. Dr. Götz Neuneck
Prof. Dr. Norman Paech
Prof. Dr. Inge Schmitz-Feuerhake
Prof. Dr. Otmar Wassermann

Herrn
Peter Löscher
Vorsitzender des Vorstandes
der Siemens AG
Wittelsbacherplatz 2
80333 München

Zur Kenntnis an:

- Dr. Michael Süß, Vorstand, CEO Sektor Energy
- Hermann Franz, ehem. Zentralvorstand, ehem. Aufsichtsratsvorsitzender
- Heinrich von Pierer, ehem. Vorstandsvorsitzender, ehem. Aufsichtsratsvorsitzender
- Gerhard Cromme, Aufsichtsratsvorsitzender, Aufsichtsratsvorsitzender ThyssenKrupp AG
- Dr. Josef Ackermann, 2. stellv. Aufsichtsratsvorsitzender, Vorstandsvors. Deutsche Bank AG
- Michael Diekmann, Aufsichtsrat, Vorstandsvorsitzender Allianz SE
- Dr. Hans Michael Gaul, Aufsichtsrat, ehem. Vorstand Veba, Beiräte RWE und Deutsche Bank

Ausstieg von Siemens aus dem Atomgeschäft

Berlin, 6. Oktober 2011

Sehr geehrter Herr Löscher,

die atomkritische Ärzteorganisation IPPNW begrüßt die Erklärung von Siemens, als Generalunternehmer aus dem Atomenergie-Geschäft auszusteigen.

Wir können nur erahnen, welche Prozesse hinter den Kulissen abgelaufen sein mögen, bis Siemens in Folge von Tschernobyl und Fukushima sich nun aus diesem Geschäftsfeld zurückzieht. Es sind enge, auch internationale Netzwerke, berufliche Karrieren und Identitäten, sowie persönliche Bindungen, die Neupositionierungen selbst dann noch jahrelang verzögern können, wenn sich der überwiegende Teil der wirtschaftlichen Elite – einschließlich maßgeblicher Kräfte im eigenen Haus – längst in eine andere Richtung bewegt.

Die Gesellschaft hatte sich bereits vor und nach der Teil-Kernschmelze in Harrisburg 1979 und spätestens nach Tschernobyl 1986 klar gegen die Nutzung der Atomenergie positioniert. Nachdem Teile der Betreiber Ende der 1980er Jahre in der Öffentlichkeit den Eindruck erweckten, als seien sie zu einem gewissen Kompromiss mit der zunehmend atomkritischeren Politik bereit, Siemens aber auf der dauerhaften Nutzung der Atomenergie bestand, entstanden Anfang der 1990er Jahre Überlegungen, den gesellschaftlichen Druck auf Ihr Unternehmen zu erhöhen.

Ehrenmitglieder Prof. Dr. Drs. h.c. mult. Bernard Lown, Prof. Dr. Metin Özek (†), Dr. Ingeborg Peters-Parow (†)
Bankverbindung IPPNW Konto 2222210, Bank für Sozialwirtschaft, BLZ 100 205 00
IBAN: DE3910020500000222210 BIC: BFSWDE33BER



Ausgezeichnet mit dem
UNESCO-Friedenspreis 1984
und dem
Friedensnobelpreis 1985

Die IPPNW gründete die „Siemens-Ausstiegshilfe“ und rief seit 1994 gemeinsam mit dem BUND und zahlreichen im „Koordinationskreis Siemens-Boycott“ zusammengeschlossenen Anti-Atom-Gruppierungen dazu auf, keine Siemens-Produkte zu kaufen, bis Siemens zugunsten der im eigenen Haus vorhandenen Alternativen aus dem Atomgeschäft aussteigt. Noch 1994 kam es zu einem Gespräch zwischen Vertretern der IPPNW und dem damaligen Aufsichtsratsvorsitzenden von Siemens, Hermann Franz, in der Konzernzentrale in München, in dem beide Seiten ihre Motive und Beweggründe darlegten. Es folgte über viele Jahre hinweg ein sehr sachlicher und kritischer Dialog zwischen Siemens und der IPPNW über das risikoreiche Atomgeschäft generell wie auch über sicherheitstechnische Teilfragen.

Der Siemens-Boycott war von dem Grundgedanken geleitet, dass Unternehmen die Bevölkerung nicht gegen ihren erklärten Willen vermeidbaren Risiken aussetzen dürfen, nur um mit bestimmten Technologien und damit verbundenen Strukturen überhöhte Gewinne erzielen zu können.

Wir freuen uns, dass Siemens jetzt nach Fukushima dem Willen der Bevölkerung und der Politik nach einem Ausstieg aus dieser Risikotechnologie entspricht.

Aber: Wir bitten Sie, Ihr Vorhaben, sich mit der Lieferung von Großkomponenten wie Dampfturbinen weiterhin am Neubau von Atomkraftwerken beteiligen zu wollen, angesichts des technischen Desasters etwa auf der Großbaustelle im finnischen Olkiluoto bei der Errichtung eines „Europäischen Druckwasser-Reaktors“ (EPR) nochmal zu überdenken.

Ferner fragen wir Sie, was Siemens beispielsweise dazu beitragen kann, Kenntnisse über bestehende Sicherheitslücken von noch in Betrieb befindlichen Anlagen offenzulegen. Laut GRS ist beispielsweise bei den deutschen Konvoianlagen die wichtigste Notfallmaßnahme („Primärseitige Druckentlastung und Bespeisung“) schon bei „kleinen Lecks“ erwartungsgemäß nicht rechtzeitig durchführbar. Eine gefährliche Erkenntnis, die bislang offenbar folgenlos blieb.

Auch gab es in der jüngsten Vergangenheit nicht nur Fukushima, sondern mehrere Beinahe-Katastrophen wie etwa in Taiwan (Maanshan-1), in den USA (Davis-Besse, Fort Calhoun) und in Schweden (Forsmark-1). Was kann Siemens vor diesem Hintergrund dazu beitragen, den Ausstiegsprozess weltweit zu beschleunigen?

Ihre Entscheidung, sich aus dem Atomgeschäft zurückzuziehen, hat natürlich nicht nur mit dem Super-GAU in Fukushima und den gesellschaftlichen Widerständen zu tun. Das globale Geschäft lief nicht so wie einst erhofft, die Partnerschaft mit AREVA endete im Desaster, möglicherweise gestaltete sich auch die avisierte Zusammenarbeit mit Rosatom in diesem Bereich als risikoreich und wenig zukunftssträchtig.

Welche Konsequenzen zieht Siemens aus diesen Erfahrungen für die Zukunft? In einem Interview betonten Sie unlängst den Primat der Politik und die „klare Positionierung“ der Gesellschaft, beklagten sich aber gleichzeitig über den Widerstand der Bevölkerung gegen neue Verbundstromtrassen, Gas- und Kohlekraftwerke. Sie sprechen sich gegen die heimische Nutzung der Photovoltaik und für großtechnische Solarstromimporte aus. Bis 2020 solle sich der Anteil des „Ökostroms“ auf lediglich 35 Prozent erhöhen (Der Spiegel, 38/2011).

Wird hier nicht erneut am Markt und an den Interessen der Bevölkerung vorbei geplant?

Ihnen ist die Branchenprognose bekannt, wonach die erneuerbaren Energien bis 2020 rund 50 Prozent der deutschen Stromversorgung liefern werden - und natürlich mehr möglich wäre, wenn der Ausbau nicht absichtsvoll „politisch“ behindert würde, wie zuletzt mit der drastischen Absenkung der EEG-Vergütung für die Photovoltaik geschehen.

Wir regen an, nicht länger auf eine zentralistische Energiewirtschaft mit konventionellen Großkraftwerken, Solarstromimporten, großen (Offshore-)Windparks und neuen Verbundstromtrassen zu orientieren. Ihnen ist bekannt, dass es keinen weiteren Bedarf für neue Großkraftwerke gibt. Ihnen ist bekannt, dass es aus vielerlei Gründen sehr viel vernünftiger ist, den Aufbau einer dezentralen Energiewirtschaft – wie in den vergangenen zwei Jahrzehnten

erfolgreich praktiziert – weiter voranzutreiben, statt den wohl aussichtslosen Versuch zu unternehmen, den erneuerbaren Energien „systemwidrig“ eine zentralistische Versorgungsstruktur verordnen zu wollen.

Wir vermuten als Motiv: Mit (erneuerbaren) Großkraftwerken und Verbundstromtrassen soll ein System in die Zukunft fortgeschrieben werden, bei dem Strom von wenigen Marktteilnehmern zu betriebswirtschaftlich relativ niedrigen Kosten erzeugt und – bei Realisierung sehr hoher Gewinnspannen – zu weit überhöhten Preisen an die Bevölkerung verkauft wird. Siemens möchte an diesem „bewährten Geschäftsmodell“ auch weiterhin zu „vorteilhaften Konditionen“ u.a. mit der Lieferung von Großkraftwerks- und Übertragungstechnik (u.a. HGÜ-Systeme) partizipieren.

Schon 1989 betonte ganz in diesem Sinne F. Wilhelm Christians, Spitzenmanager der mit Siemens eng verbundenen Deutschen Bank, dass im post-nuklearen Zeitalter die Rolle der Sonnenenergie in einem „globalen Konzept ... unter Einbeziehung der nordafrikanischen Staaten“ zu suchen sei. Und Günther Klätte, ehemaliger RWE-Vorstand und Mitglied im Beraterkreis der Deutschen Bank, hoffte, dass „die Stromerzeugung mit Solarzellen dann keineswegs eine Domäne für Kleinsysteme oder für einzelne Hauseigentümer bleiben“ werde. Vielmehr sollten die großen Energiekonzerne „große photovoltaische Stromerzeugungsanlagen“ errichten und betreiben.

Die Realisierung eines solchen zentralistischen Konzepts, welches seit einigen Jahren unter der Bezeichnung „Desertec“ neu vermarktet wird, scheitert aber bereits seit mehr als 30 Jahren und wird sich bei realistischer Betrachtung auch in den kommenden Jahrzehnten allenfalls in begrenztem Maße durchsetzen lassen. Christians sah, „wie viel neben den technischen Problemstellungen insbesondere im Bereich der internationalen Zusammenarbeit noch getan werden muss, um Kooperationen zu finden, die auch unter dem Aspekt der Versorgungssicherheit vertretbar sind“.

Abgesehen davon, ob all dies durchsetzbar wäre, muss sich Siemens die Frage stellen: Will man tatsächlich nach Tschernobyl und Fukushima, nach Kalkar, Wackersdorf, Angra und Buschehr, und nach dem jahrzehntelangen Scheitern einer europäischen oder gar globalen „Verbundwirtschaft“ noch immer Kraft in derartige „Visionen“ investieren? Das Ganze erinnert ein wenig an den Transrapid, an dem noch festgehalten wurde, als schon alle Welt sah, dass es angesichts der Konkurrenzsituation durch das Rad-Schiene-System von wenigen Einzelprojekten abgesehen keine wirklichen Marktchancen gab.


Warum besinnt man sich bei Siemens nicht auf die gesellschaftlich wünschenswerte Funktion eines „politisch neutralen“ Anbieters dezentraler Energietechniken?

Der ehemalige Vorstandsvorsitzende von Siemens, Heinrich von Pierer, sagte vor Jahren, die Atomenergie mache nur 2% des Umsatzes aus, Sorge aber für 90% des Ärgers.

Sie, Herr Löscher, weisen völlig zu Recht auf die Relevanz gesellschaftlicher Positionierungen hin. Wir würden es sehr begrüßen, wenn Sie bei Ihren Entscheidungen die „klare Positionierung“ der Gesellschaft zugunsten einer „Energiewirtschaft in Bürgerhand“ respektieren würden.

Wir sehen Ihrer Antwort mit Interesse entgegen und werden diese ebenso wie in der Vergangenheit gemeinsam mit unserem Schreiben der Öffentlichkeit zur Kenntnis geben.

Mit freundlichen Grüßen



Reinhold Thiel
Vorstandsmitglied der IPPNW



Henrik Paulitz
Energieexperte der IPPNW